

## Die hohen Lebensmittelpreise vor einer Versammlung von Handel- und Gewerbe- treibenden.

Vom Bund der Handel- und Gewerbetreibenden war zu <sup>gestern</sup> Abend nach dem am Alexanderplatz belegenen Lehrervereinshause eine Versammlung der Handel- und Gewerbetreibenden Groß-Berlins berufen, um zu beraten, wie den hohen Lebensmittelpreisen zu begegnen sei. Der große Saal und die Galerien waren ziemlich gefüllt. Der Bundesvorsitzende, Kaufmann Otto Linke, eröffnete die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und das deutsche Heer. — Generalsekretär Gustav Bergmann führte in längerer Rede aus: Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden habe bald nach Ausbruch des Krieges gegen die vielfach vorgekommenen wucherischen Warenpreise öffentlich Protest erhoben. Leider habe dieser Protest nicht geholfen. Es sei jedoch zu hoffen, daß die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915, angesichts der angedrohten schweren Strafen, eine gründliche Beseitigung der wucherischen Warenpreise bewirken werde. Leider sei die Bundesratsverordnung etwas unklar. Der Kleinhandel kämpfe seit vielen Jahren um seine Existenz. Er habe zu kämpfen gegen Warenhäuser, Konsumvereine, und nun werden dem Kleinhandel noch alle möglichen Beschränkungen auferlegt. Die Konjunktur werde nicht vom Kleinhandel, sondern vom Großhandel und den Produzenten bestimmt. In der Presse sei z. B. mitgeteilt worden, daß in Münster das Pfund Butter 1,60 M. koste. Das sei vollständig unwahr, die Butterpreise in Münster seien genau so hoch wie in Berlin. Dem Kleinhändler gehe es aus Anlaß der hohen Warenpreise sehr schlecht. Der Kleinhandel könne nur bei billigen Preisen Geschäfte machen, da bei hohen Preisen der Umsatz sich verringere. Dadurch werden aber auch die Lebensmittel größerem Verderben ausgesetzt. Deshalb seien die Kleinhändler genötigt, höhere Preise zu nehmen. Außerdem haben die Kleinhändler bei plötzlichem Sinken der Preise große Verluste zu beklagen. Erfreulich sei es, daß der Berliner Magistrat auch Vertreter des Bundes für Handel und Gewerbe zu den Sachverständigen-Kommissionen hinzugezogen habe. Dies müßte auch von Seiten der Regierung geschehen. Die Handelstammern seien nicht die geeigneten Vertreter des Kleinhandels. Er ermahne jeden Geschäftsinhaber, in der jetzigen Zeit bei Festsetzung der Warenpreise zur größten Vorsicht. Dringend erforderlich sei der Anschluß aller Kleinhändler an den Bund für Handel und Gewerbe. (Beifall.) — Es gelangte sogleich eine im Sinne der Ausführungen des Redners gipfelnde Entscheidung einstimmig zur Annahme. — Generalsekretär Bergmann wies alsdann noch darauf hin, daß die städtischen Gemeinden große Warenvorräte eingekauft und vielfach einen ständigen Handel betreiben. Dadurch sei die Preissteigerung nicht verhindert, dagegen die Kleinkaufleute unendlich geschädigt worden. Es sei auch zu erwägen, daß durch solche Maßnahmen der Gemeinden die Steuerzahler geschädigt werden. Hiergegen müsse aufs schärfste protestiert werden. Im übrigen haben die Gemeinden, angesichts der Bundesratsverordnung, keinen Anlaß, Handel zu treiben, um dem Kleinhandel Konkurrenz zu machen. Die Stadtgemeinde Görlitz habe z. B. große Posten Lebensmittel an das Berliner Warenhaus Wertheim verkauft. Das sei doch aber nicht der Zweck des Warenhandels der städtischen Gemeinden. — Nach kurzer zustimmender Erörterung gelangte ein von dem Redner vorgeschlagener Protest gegen die von den Gemeinden den Kleinhändlern gemachte Konkurrenz einstimmig zur Annahme. H. F.